

16.09.2026 | Bildung

Anne Riecke zu TOP 14 "Schleswig-Holstein braucht eine wirksame Strategie gegen Mobbing an Schulen"

In ihrer Rede zu TOP 14 (Schleswig-Holstein braucht eine wirksame Strategie gegen Mobbing an Schulen) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anne Riecke**:

„Mobbing ist kein normaler Streit auf dem Schulhof. Wo Kinder und Jugendliche systematisch ausgegrenzt, gedemütigt oder bedroht werden, hat das mit einer gewöhnlichen Auseinandersetzung unter Gleichaltrigen nichts mehr zu tun. Und durch soziale Medien ist das Problem noch schwieriger und umfassender geworden. Früher war für viele Betroffene zumindest nach Schulschluss eine Pause möglich. Heute kann die Ausgrenzung über Messenger, soziale Netzwerke und andere Plattformen rund um die Uhr weitergehen.

Deshalb müssen wir bei Mobbing und Cybermobbing früher reagieren. Wir müssen dafür sorgen, dass Probleme erkannt werden, bevor sie sich über Wochen oder Monate verfestigen. Und wir müssen Prävention vor allem auch stärker mit Medienbildung verbinden. In den vergangenen Jahren wurde bereits viel darüber gesprochen, wie Gewaltprävention in der Schule gestärkt werden kann, wie Schule, Jugendhilfe und weitere Beteiligte besser zusammenarbeiten können und wie Schülerinnen und Schüler schneller Unterstützung erhalten.

Und da gibt es erhebliche Lücken. Das beginnt bei der Datengrundlage. Wir wissen bislang nicht ausreichend genau, wie häufig Mobbing an unseren Schulen tatsächlich vorkommt. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass entsprechende Fälle teilweise erst dann statistisch sichtbar werden, wenn sie bereits so weit eskaliert sind, dass schwerwiegende schulische Maßnahmen notwendig werden. Das kann uns nicht zufriedenstellen. Wenn wir ein Problem wirksam bekämpfen wollen, müssen wir zunächst wissen, wie groß es ist, wo es auftritt und welche Entwicklungen es gibt. Deshalb brauchen wir landesweit klare und praxistaugliche Kriterien dafür, wie Mobbing und Cybermobbing erfasst werden. Die Erfassung muss niedrigschwellig, digital und mit möglichst geringem Aufwand möglich sein. Ergänzend sollten wir auch stärker die Schülerinnen und Schüler selbst einbeziehen. Regelmäßige anonyme Befragungen zum Schulklima und zu eigenen Erfahrungen mit Ausgrenzung, Bedrohung oder Mobbing könnten uns ein wesentlich genaueres Bild vermitteln als eine Statistik, die ausschließlich auf bereits erfolgten schulischen Maßnahmen beruht.

Auch bei der Qualifizierung des Personals besteht Handlungsbedarf. Lehrkräfte können nicht für jedes gesellschaftliche Problem zu Spezialisten ausgebildet werden. Das wäre weder realistisch

noch sinnvoll. Aber jede Lehrkraft sollte erkennen können, wann es sich nicht mehr um einen gewöhnlichen Konflikt zwischen Schülerinnen und Schülern handelt. Sie muss wissen, welche ersten Schritte notwendig sind und an wen sie sich anschließend wenden kann.

Deshalb wäre es sinnvoll, einen verbindlichen und praxisorientierten Grundbaustein zum Umgang mit Mobbing und Cybermobbing in der Lehrkräftebildung zu verankern. Darüber hinaus sollte jede Schule über entsprechend geschulte Ansprechpartner verfügen. Entscheidend ist dabei, dass Zuständigkeiten klar sind. Für Betroffene darf es nicht davon abhängen, zufällig die richtige Person anzusprechen. Schülerinnen und Schüler müssen wissen, an wen sie sich wenden können. Eltern müssen wissen, wer zuständig ist. Und auch Lehrkräfte müssen im Ernstfall wissen, wo sie kurzfristig fachliche Unterstützung bekommen. Gerade bei schweren oder festgefahrenen Fällen brauchen Schulen schnelle professionelle Hilfe.

Dafür müssen wir aber nicht zwangsläufig die nächste neue Verwaltungsebene schaffen. Sinnvoller wäre es, bestehende Strukturen so miteinander zu verbinden, dass eine regional erreichbare und mobile Fallberatung möglich ist. Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe und weitere Beratungsangebote müssen im konkreten Fall schnell zusammenarbeiten können. Das Land sollte hierfür klare Mindeststandards definieren. Bei der konkreten Ausgestaltung müssen die Schulen aber ausreichend Freiheit behalten, damit die Strukturen zu ihrer jeweiligen Situation vor Ort passen. Ein großes Gymnasium in einer Stadt hat andere Voraussetzungen als eine kleine Grundschule im ländlichen Raum. Wir brauchen deshalb Verbindlichkeit bei den Zielen, aber keine unnötige Gleichmacherei bei der Umsetzung.

Beim Cybermobbing müssen wir außerdem über Medienkompetenz sprechen. Wir werden die Probleme der digitalen Welt nicht dadurch lösen, dass wir versuchen, Kinder und Jugendliche möglichst lange von dieser Welt fernzuhalten. Verbote können in bestimmten Situationen sinnvoll sein. Sie ersetzen aber keine Medienbildung. Kinder und Jugendliche müssen lernen, Risiken zu erkennen, verantwortungsvoll zu kommunizieren und zu wissen, was sie tun können, wenn sie selbst oder andere im Netz angegriffen werden. Dazu gehört auch, Beweise zu sichern, Inhalte zu melden und frühzeitig Unterstützung zu suchen. Medienkompetenz bedeutet eben nicht nur, ein digitales Gerät bedienen zu können. Sie bedeutet auch, die sozialen Regeln und Gefahren digitaler Kommunikation zu verstehen.

Und diese Kompetenz muss früh vermittelt werden. Mobbingprävention darf deshalb auch nicht erst beginnen, wenn Kinder auf einer weiterführenden Schule sind und das erste Smartphone längst zum Alltag gehört. Denn für ein betroffenes Kind ist am Ende nicht entscheidend, wie ein landesweites Konzept heißt oder wie viele Seiten es umfasst. Entscheidend ist, dass jemand hinsieht. Dass jemand zuständig ist. Und dass schnell und professionell gehandelt wird.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Anne Riecke

Sprecherin für Bildung, Kultur, Landwirtschaft, Fischerei, Jagd,
Verbraucherschutz, Religion, Minderheiten, Umwelt, Klimaschutz

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de